



Dr. Carsten Brodesser | MdB **CDU**

Berlin Aktuell 47. KW | 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche werden wir den Bundeshaushalt für 2019 beschließen. Dabei führt unsere Bundesregierung die solide Haushaltspolitik von Wolfgang Schäuble fort und hat den sechsten Bundehaushalt in Folge ohne neue Staatsverschuldung vorgelegt. Die „schwarze Null“ ist ein wichtiges Signal für unsere Wirtschaft, aber auch für unsere politischen Partner in Europa.

Heute Vormittag habe zum Bundeshaushalt 2019 im Plenum meine Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Für mich legt die Bundesregierung mit dem Haushalt 2019 wieder einen Etat vor, der allen notwendigen Interessen Rechnung trägt und dabei ohne neue Schulden auskommt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Ziel einer Schuldenquote von unter 60% des BiP fest im Blick, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Wir legen einen schlüssigen und guten Haushalt für unser Land vor.

Wenn Sie mögen, können Sie sich einen Mitschnitt meiner Rede ab heute Abend auf meiner Facebook-Seite ansehen.

I. Die politische Lage in Deutschland

Haushalt 2019 mit klarem Akzent für Zukunft, Sicherheit und Zusammenhalt

In dieser Woche beschließt der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2019. Wir sind damit - nach dem erst im Sommer verabschiedeten Haushalt 2018 - wieder im ganz normalen Haushaltsverfahren. Unser besonderer Dank gilt unseren Haushaltspolitikern, die dies mit viel Einsatz möglich gemacht haben.

Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Die Sicherheit ist und bleibt unser Thema: Für die innere Sicherheit schaffen wir tausende neue Stellen bei Bundespolizei, BKA und Zoll. Der Verteidigungsetat wächst um fast 5 Milliarden gegenüber 2018, damit unsere Soldaten gut ausgerüstet im Einsatz sind. Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wir durch Investitionen in digitale Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen. Familien werden spürbar entlastet durch die Erhöhung des Kindergeldes und durch die Möglichkeit, Baukindergeld zu beantragen.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2019 auf 356,4 Milliarden Euro. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. 2019 wird erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit ein Markenzeichen der Union bleibt. Wir denken nicht zuerst an neue Sozialausgaben, sondern zu allererst ans Erwirtschaften. Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss erst verdient werden. Dann können wir überlegen, wie wir am besten in die Zukunft unseres Landes investieren und den Schwachen helfen.

II. Die Woche im Parlament

Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019). Das Haushaltsgesetz 2019 enthält die Einzelpläne aller Verfassungsorgane sowie aller Bundesministerien. Letztere werden im Folgenden näher dargestellt. Die Bundesregierung rechnet in diesem Haushaltsentwurf mit Ausgaben in Höhe von knapp 357 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um rund 13,2 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Mit der 2. Lesung des Haushaltsgesetzes beginnt heute die Haushaltswoche. Bis Freitag werden wir dann die Haushaltseinzelpläne der folgenden Ressorts beschließen:

- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Bundesministerium für Gesundheit
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Bundeskanzleramt
- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium der Verteidigung
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Dritte Beratung des Haushaltsgesetzes 2019. In einer Schlussdebatte werden die Einzelpläne zusammengefasst und der Deutsche Bundestag verabschiedet das Haushaltsgesetz 2019. Mit einer Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt bis Ende des Jahres kann der Bundeshaushalt 2019 pünktlich zum Jahresbeginn 2019 in Kraft treten.

III. Sonstiges

Medienkompetenz stärken - digitalen Analphabetismus beenden. Das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet hat gestrigen Montag eine Studie zum Thema "Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt" vorgestellt.

Viele junge Menschen können sich ein Leben ohne Internet nicht mehr vorstellen. Deshalb ist es bedauerlich, dass die Skepsis gegenüber der digitalen Welt steigt: Datenunsicherheit, Verrohung der Umgangsweise, Angst vor Beleidigungen und Shitstorms, Angst vor Fake-Profilen trüben die Freude an der Nutzung des Netzes. Da müssen wir gegensteuern: Ein Baustein ist die Novellierung des Jugendmedienschutzgesetzes, auf die wir uns im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Das sollte Ministerin Giffey zügig angehen.

Darüber hinaus müssen wir in die lebenslange digitale Bildung aller Generationen investieren. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Ehrenamtliche sowie Lehrkräfte, alle, die mit Kindern und Jugendlichen leben und arbeiten, brauchen digitale Kompetenzen! Sie müssen befähigt werden, ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern gerecht zu werden und sie müssen kompetente Ansprechpartner auch für die digitale Lebenswelt der Jugendlichen werden. Medienkompetenz muss gestärkt, der "digitale Analphabetismus" muss beendet werden.

Ländergesamtheit erzielt Haushaltsüberschüsse. Bis September 2018 lag der Überschuss der Gesamtheit der Länder laut einem Bericht des Bundesfinanzministeriums bei 19,6 Milliarden Euro. Erstaunlich ist dies vor allem unter Berücksichtigung der Planungen der Länder, die von einem Finanzierungsdefizit von 3,6 Milliarden Euro ausgingen. Die acht westdeutschen Flächenländer haben von Januar bis September 2018 einen Überschuss von 11,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die fünf ostdeutschen Flächenländer kamen auf ein Plus von 4,4 Milliarden Euro. Bei den drei Stadtstaaten betrug der Überschuss 4,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig stieg das Investitionsvolumen der Bundesländer um 6,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.
(Quelle: Bundesfinanzministerium)

Öffentliche Schulden sinken kontinuierlich

Zum Ende des 2. Quartals 2018 lagen die Schulden der öffentlichen Hand in Deutschland bei insgesamt 1.934,433 Millionen Euro und damit um 2,3 Prozent niedriger als im Vorjahr. Gemeinden, Länder und der Bund, aber auch die Sozialversicherung konnten dabei den Trend der vergangenen Jahre fortsetzen und ihre Verbindlichkeiten reduzieren. Der Bund verringerte den Umfang seiner Verschuldung beim nicht-öffentlichen Bereich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent, die Länder im Schnitt um 3,6 Prozent. Auch die Gemeinden konnten den Stand ihrer Verschuldung im Schnitt um 2,9 Prozent gegenüber 2017 zurückführen. Zwar nehmen einige Länder, wie etwa die Freie und Hansestadt Hamburg, Bremen aber auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen in moderater Höhe neue Kredite auf, was im Schnitt aber durch eine außerordentliche Tilgungsleistung durch Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern deutlich überdeckt wird. Erfreulich ist, dass die Gemeinden bis auf leichte Zunahmen in Baden-Württemberg und dem Saarland im gesamten Bundesgebiet Schulden tilgen konnten.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Herzliche Grüße!
Carsten Brodesser.

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters ist:

Dr. Carsten Brodesser MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 / 227 – 71401
Fax: +49 30 / 227 – 76301
carsten.brodesser@bundestag.de
www.carsten-brodesser.de
www.facebook.com/dr.carsten.brodesser